

Dietrich, Vera; Ragnitz, Joachim

**Article — Digitized Version**

## Investivlöhne - keine Lösung der Probleme ostdeutscher Unternehmen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Dietrich, Vera; Ragnitz, Joachim (1997) : Investivlöhne - keine Lösung der Probleme ostdeutscher Unternehmen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 9, pp. 527-530

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137528>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Vera Dietrich, Joachim Ragnitz

## Investivlöhne – keine Lösung der Probleme ostdeutscher Unternehmen

*In der Juni-Ausgabe des WIRTSCHAFTSDIENST veröffentlichten wir einen Beitrag von Jan Priewe mit dem Titel „Wege aus dem ostdeutschen Lohndilemma – Investivlöhne und Vermögenspolitik“. Hierzu nachfolgend eine Replik von Vera Dietrich und Joachim Ragnitz sowie eine abschließende Stellungnahme von Jan Priewe.*

Die Debatte um die Höhe der ostdeutschen Lohnstückkosten sowie die Suche nach Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem nehmen einen breiten Raum in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion ein<sup>1</sup>. Vor kurzem hat Jan Priewe einen Vorschlag unterbreitet, in dem er einen Ausweg aus dem ostdeutschen Lohndilemma sieht<sup>2</sup>. Danach soll in Ostdeutschland für zunächst drei Jahre auf tarifliche Lohnsteigerungen verzichtet werden. Zum Ausgleich sollen die Arbeitnehmer mit Eigentumsrechten am eigenen Unternehmen bzw. neu zu gründenden Kapitalbeteiligungsgesellschaften ausgestattet werden. Ergänzt werden soll dieses Modell durch eine Zuweisung von Eigentumsrechten an den Investitionszulagen und den Investitionszuschüssen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ an die Arbeitnehmer. Priewe verspricht sich davon, neben einer Entlastung der Unternehmen, eine partielle Korrektur der Vermögensverteilung.

Es soll an dieser Stelle nicht der Sinn von Investivlöhnen in Abrede gestellt werden. In prosperierenden Unternehmen können sie dazu beitragen, die Bindung der Beschäftigten an ihren Betrieb zu erhöhen, deren Leistungsbereitschaft zu steigern und ihre Vermögensposition zu stärken. Die genannten Vorschläge sind jedoch danach zu beurteilen, ob sie unter den spezifischen ostdeutschen Rahmenbedingungen die intendierte Zielsetzung erreichen können. Tatsächlich stellen sie weder ein geeignetes vermögenspolitisches Instrument dar, noch setzen sie an den Problemen an, die einer Verbesserung der Beschäfti-

gungssituation in Ostdeutschland entgegenstehen. Im Gegenteil, bei dem vorgeschlagenen Modell sind aufgrund der Vermischung allokativer und distributiver Ziele sogar negative Auswirkungen auf die Beschäftigung zu erwarten.

Im Hinblick auf das Beschäftigungsziel muß in Ostdeutschland grundsätzlich zwischen zwei Problemkreisen unterschieden werden: zum einen die Sicherung der Arbeitsplätze in den Unternehmen, die aufgrund ihrer niedrigen Produktivität die Tarifföhne nicht erwirtschaften können, zum anderen die Schaffung zusätzlicher Beschäftigung durch Neuinvestitionen. Das erste Problem kann nur über eine entsprechende Kostenentlastung der Unternehmen gelöst werden, letzteres durch die Verbesserung der Renditeerwartungen potentieller Investoren.

### Keine Kostenentlastung der Unternehmen

Die in den letzten Jahren durch westdeutsche oder ausländische Investoren neu errichteten Produktionen können aufgrund ihrer – auch im Vergleich zu Westdeutschland – hohen Produktivität die Tarifföhne ohne größere Probleme erwirtschaften. Die Zielgruppe der von Priewe vorgeschlagenen Maßnahmen sind daher ostdeutsche „Grenzbetriebe“, die eine geringe Arbeitsproduktivität aufweisen und von denen viele aus dem ehemaligen Bestand der Treuhandanstalt stammen. Ohne Zweifel sind diese Unternehmen zusätzlich mit zahlreichen anderen Problemen konfrontiert, seien es Eigenkapital- und Finanzierungsrestriktionen, Markteintrittsbarrieren oder Defizite der innerbetriebli-

---

*Dr. Joachim Ragnitz, 36, ist Leiter, Vera Dietrich, 32, Dipl.-Volkswirtin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Strukturwandel des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).*

<sup>1</sup> Vgl. dazu beispielsweise die Beiträge: H. Tomann: Sind die Ostlöhne zu hoch?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 76. Jg. (1996), H. 12, S. 628; R. Pohl: Sind die Ost-Löhne zu hoch? – Eine Replik, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 5, S. 290.

<sup>2</sup> J. Priewe: Wege aus dem ostdeutschen Lohndilemma – Investivlöhne und Vermögenspolitik, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 6.

chen Organisation. Auch wirken sich andere Faktoren, wie arbeitsintensivere Produktionstechnologien, eine hohe Vorleistungsintensität oder niedrige Absatzpreise, verstärkend auf das ungünstige Verhältnis von Wertschöpfung und Lohnkosten aus<sup>3</sup>. Dennoch stellt die Diskrepanz zwischen der Produktivität und der Entlohnung des Faktors Arbeit das zentrale Problem für die bezeichneten Unternehmen dar.

Am Extremfall einiger Branchen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes, in denen die Personalkosten die Wertschöpfung sogar absolut übersteigen, wird deutlich, daß hier elementare Regeln des Wirtschaftens verletzt sind, so daß nach allen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten die langfristige Überlebensfähigkeit der betroffenen Unternehmen in Zweifel steht<sup>4</sup>. Die Lücke zwischen Lohn- und Produktivitätsniveau belastet nicht nur die Ertragssituation und führt im schlimmsten Fall zum Eigenkapitalverzehr, sondern mindert auch absatzseitig das Wertschöpfungspotential. Denn die Lohnstückkosten bestimmen wesentlich die Absatzpreise und bilden damit einen entscheidenden Wettbewerbsfaktor.

Daraus folgt, daß nur ein Verzicht auf Tariflohnsteigerungen ein wirksamer Beitrag zur Lösung des beschriebenen Kostenproblems wäre. Der Vorschlag von Priewe sieht jedoch lediglich eine Umwidmung der potentiellen Lohnzuwächse in Beteiligungskapital vor. Dadurch wird aber die einzelbetriebliche Kostenbelastung gar nicht vermindert. Denn ungeachtet sei-

nes Verwendungszwecks muß der Lohnzuwachs zunächst real erwirtschaftet werden, ehe er als Barlohn ausgezahlt oder, wie vorgeschlagen, zur Erweiterung der Eigenkapitalbasis eingesetzt werden kann. Der einzige Effekt der Investivlöhne besteht damit in einer Erhöhung des Eigenkapitals und einer Entlastung der Liquiditätssituation. Angesichts der zahlreichen Förderprogramme in Ostdeutschland, die bereits an diesen Problembereichen ansetzen, ist jedoch schwer einzusehen, warum allein dafür auf ein aufwendiges Investivlohnmodell zurückgegriffen werden muß.

**Senkung der Investitionsanreize**

Neben der Sicherung der Arbeitsplätze in bestehenden Unternehmen kann eine Verbesserung der Beschäftigungssituation in Ostdeutschland durch eine Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten erreicht werden. Während aber in den binnenorientierten Sektoren in den letzten Jahren zum Teil Überkapazitäten aufgebaut wurden, ist die industrielle Basis sehr schmal. Dies ist vor allem auf den Umstand zurückzuführen, daß die Hersteller handelbarer Industriegüter bei ihrer Standortwahl zwischen mehreren Regionen wählen können, da sie nicht auf die räumliche Nähe zu ihren Absatzmärkten angewiesen sind. Angesichts immer noch bestehender Standortdefizite gibt es für Investoren aus der Industrie also – abgesehen von den Subventionen – keinen besonderen Grund, Ostdeutschland bei ihrer Standortentscheidung konkurrierenden Regionen vorzuziehen. Gerade in der Indu-

<sup>3</sup> Vgl. J. Ragnitz: Zur Produktivitätslücke in Ostdeutschland, in: *Wirtschaft im Wandel*, H. 7/1997, S.3 f.; V. Dietrich: Kapitalausstattung und Produktivitätsrückstand im ostdeutschen Unternehmenssektor, in: ebenda, S. 5 ff.

<sup>4</sup> Vgl. DIW, IWH, IfW: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Vierzehnter Bericht, in: *IWH-Forschungsreihe*, 7/96, S.32 f.

Christoph Spengel/Frank Schmidt

**Betriebliche Altersversorgung,  
Besteuerung und Kapitalmarkt**

**Ein Vergleich der Verhältnisse in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den USA**

Darstellung und Analyse der Vorausfinanzierungsmöglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung steuerlicher Konsequenzen.

1997, 291 S., brosch., 88,- DM, 642,- öS, 80,- sFr, ISBN 3-7890-4658-2  
(Schriftenreihe des ZEW, Bd. 15)

 **NOMOS Verlagsgesellschaft • 76520 Baden-Baden**

strie stellen daher die in Ostdeutschland gewährten Subventionen den wichtigsten Investitionsanreiz dar.

Es ist durchaus richtig, daß die zum Teil beträchtlichen Subventionen zu einer Polarisierung der Verteilungssituation beitragen. Sie sind jedoch auch gar nicht als verteilungspolitisches Instrument konzipiert, sondern dienen explizit dem Zweck, die Rendite des eingesetzten Kapitals zu erhöhen, um so entweder Schwellenprojekte zu ermöglichen oder externe Investoren für die Region zu attrahieren. Eine 50%ige Beteiligung der Arbeitnehmer an den Subventionen, wie sie Priewe anregt, würde die allokativen Zielsetzung des Instruments geradezu konterkarieren, da die Renditeerwartungen des Investors entsprechend sinken. Insofern führt der Vorschlag einer paritätischen Aufteilung der Eigentumsrechte an den Subventionen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Zielkonflikt mit dem beschäftigungspolitischen Anliegen. Daran wird sich im vorgeschlagenen Modell auch durch ein befristetes Einfrieren der Löhne nichts ändern, das sich, nach Prieses Argumentation, renditesteigernd auswirke. Denn auf Lohnzuwachs soll ja nicht wirklich verzichtet werden, sondern es soll eine Umwandlung der Zuwächse von Barlöhnen in Beteiligungskapital vollzogen werden.

Ob schließlich unter den gegebenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen überhaupt noch externe Investoren mit der Auflage gewonnen werden können, ihre Arbeitnehmer am Unternehmen beteiligen zu müssen, kann bezweifelt werden. Ist eine Korrektur der Vermögensverteilung gewollt, so muß dies mit einem dafür geeigneten vermögenspolitischen Instrument durchgeführt werden. Als das primäre Anliegen der ostdeutschen Arbeitnehmer darf jedoch immer noch die Stabilisierung und Verbesserung der Beschäftigungssituation gelten. Ein hypothetisches Eigentumsrecht an Fördermitteln schafft weder Vermögen in Arbeitnehmerhand noch Arbeitsplätze, wenn die Kapitalgeber ausbleiben.

### **Zweifelhafte Vermögenseffekte**

Auch das vermögenspolitische Anliegen Prieses, ostdeutsche Arbeitnehmer in stärkerem Maße am Produktivvermögen zu beteiligen, kann angesichts der desolaten Situation der betreffenden ostdeutschen Unternehmen nicht überzeugen. Denn eine Beschränkung der Kapitalbeteiligungen auf ostdeutsche Unternehmen mit Problemen im Wettbewerb läßt weder eine positive Rendite noch eine effiziente Risikostreuung erwarten.

Ökonomisch entspricht die vorgeschlagene Substitution von Lohnzuwächsen durch Beteiligungstitel ei-

nem Zwangssparen der Arbeitnehmer, so daß – in Abhängigkeit von den jeweiligen Sparmotiven – mit einer mehr oder minder weitgehenden Einschränkung der „freiwilligen“ Ersparnis zu rechnen ist. Die eigentliche Problematik besteht dann jedoch darin, daß den Arbeitnehmern auf diese Weise eine Anlagealternative aufgezwungen wird, die sie bei Entscheidungsfreiheit so kaum gewählt hätten: Da durch Investivlohnvereinbarungen vor allem jenen Unternehmen Unterstützung gewährt werden soll, die sich in akuten Existenznöten befinden, ist mit einer nennenswerten Rendite zumindest kurzfristig nicht zu rechnen. Letztlich gehen die Eigenkapitalprobleme ostdeutscher Unternehmen ja auf einen unzureichenden Geschäftserfolg zurück, so daß die Aufstockung der Eigenkapitalbasis durch die Arbeitnehmerbeteiligung vorrangig der Deckung von Verlusten aus dem operativen Geschäft zu dienen hat. Eine mit konkurrierenden Anlagealternativen vergleichbare Verzinsung ist daher nicht zu erreichen.

Hinzu kommt, daß eine Streuung von Einkommensrisiken – ein wichtiges Ziel individueller Vermögensbildung – durch die Kapitalbeteiligung am eigenen Unternehmen kaum möglich ist. Es kommt, im Gegenteil, zu einer Akkumulation von Risiken: Der Arbeitnehmer trägt in diesem Falle nicht allein das Risiko des Arbeitsplatzverlustes, sondern – solange die Kapitalbeteiligung nicht vollständig durch staatliche Bürgschaften abgesichert wird – zusätzlich das Risiko des Verlustes seiner Kapitaleinlage.

Dieses Risiko wird auch nur unerheblich verringert, wenn man – Prieve folgend – regional oder sektoral spezialisierte Kapitalanlagegesellschaften als Mittler verwendet, denn auch dabei findet eine effiziente Risikostreuung nicht statt: Infolge der Beschränkung auf akut bedrohte Unternehmen der gleichen Region oder Branche sind Arbeitsplatz- und Vermögensrisiken auch hierbei positiv korreliert.

### **Fazit**

Prieses Vorschläge sind aus mehreren Gründen zur Lösung der spezifischen Probleme in Ostdeutschland nicht geeignet. Erstens bieten sie keinen Ausweg aus dem ostdeutschen Lohndilemma, da die betrieblichen Lohnkosten gar nicht verändert werden. Zweitens führt die Vermischung mit distributiven Zielen zu allokativen Einbußen, die sich negativ auf das übergeordnete Beschäftigungsziel auswirken. Dabei wird drittens das vermögenspolitische Anliegen gar nicht realisiert, da den Arbeitnehmern nicht nur eine Kapitalanlage aufgenötigt wird, die mit hohen Risiken und niedrigen Renditen verbunden ist, sondern ihnen wird

auch keine Diversifizierung ihrer Einkommensquellen erlaubt. Schließlich wird ordnungspolitisch ein falscher Weg eingeschlagen. Denn Ziel sollte sein, den transformationsbedingt starken staatlichen Einfluß auf die ostdeutsche Wirtschaft allmählich zurückzuführen und nicht durch die Verwaltung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften auszudehnen.

Die Rahmenbedingungen für Ostdeutschland sind eigentlich klar: Eine Angleichung an das westdeutsche Lohnniveau ist zwar erwünscht, kann aber im Durchschnitt noch nicht erwirtschaftet werden. Gleichzeitig wurde das Instrument des Tarifvertrages nicht für einen äußerst heterogenen Unternehmensbestand konzipiert, wie ihn Transformationsökono-

mien typischerweise aufweisen. Will man dennoch an den zahlreichen Vorzügen dieses Instrumentes festhalten, so kann dies nur erreicht werden, indem sich die tarifliche Lohnfindung an der tatsächlichen Produktivitätsentwicklung orientiert und im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen in stärkerem Maße betriebsindividuelle Lösungen zugelassen werden<sup>5</sup>. Andernfalls wird sich die gesamtwirtschaftliche Konvergenz von Lohn- und Produktivitätsniveau über eine Schrumpfung des Unternehmensbestandes vollziehen.

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu R. Pohl, H. Schneider: Tarifpolitische Ansatzpunkte für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, in: *Wirtschaft im Wandel*, H. 13/1996, S. 3-10.